

Bekleidungs-gewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungs-gewerbes
und des Berufsverbandes christlicher Hutarbeiter

Nr. 24

Er erscheint alle 14 Tage Samstags. Redaktionschluss
Montags vor dem Erscheinungstag. Die Zeitung
kann durch die Post bezogen werden. Für das
Vierteljahr 3 Mark, für das Halbjahr 5 Mark, für das
Jahr 10 Mark. Abbestellung bis zum 1. März des
folgenden Jahres.

Köln, den 29. November 1930
Geschäftsstelle Denloer Wall 9 / Fernruf West 57259

Anzeigenpreis für die halbjährliche Mitgliedszeit
zu 20 Pfennig. Einmalige und -Angebote
die Hälfte. Anzeigenannahme nur gegen Voraus-
zahlung. Gelddruckerei Westfälische Zeitung AG, Köln.

27. Jahrg.

Zur Preisentkungsaktion der Reichsregierung

Jede Nummer der Tageszeitungen enthält gegenwärtig eine Anzahl Notizen und Berichte, in denen dargelegt wird, daß die Preise für die Bedarfsgegenstände mehr oder weniger gesenkt wurden. Eine nähere Kontrolle der einzelnen Meldungen ergibt in der Regel, daß die Händler und Fabrikanten, die ihre Preise um einige Prozente senkten, jetzt endlich sich dazu bequem, einen Teil von dem zu tun, wozu sie auf Grund der gesunkenen Rohstoffpreise weit eher in der Lage gewesen wären. Die Preise weichen langsam infolge des Drucks der Reichsregierung und der öffentlichen Meinung, längst aber noch nicht in dem Maße, wie es auf Grund der gesunkenen Einkommen der Arbeitnehmer notwendig wäre, um die Kaufkraft der Löhne zu halten.

Hier oder da findet man aber auch noch Stimmen, namentlich aus dem Kleinhandel, die dem Publikum glaubhaft machen wollen, daß eine Preisentkung in dieser oder jener Branche nicht möglich sei. Weist man es dann auch noch Vertreter aus jenen Branchen, die es seit Jahren verstanden haben, die Preise über das notwendige Maß hinaus hochzuhalten. Der Gründe sind gar viele, die gegen eine Preisentkung ins Feld geführt werden. Sie sind ebenso buntschichtig wie jene, die ebendamit die ins Uferlose gestiegenen Preise rechtfertigen mußten.

Das Reichskabinett hat einen Ausschuss für Arbeits- und Preisfragen eingesetzt, dem die Aufgabe gestellt ist, „Stimmungen“ für Senkung der Herstellungskosten und der Preise zu machen. Durch Senkung der Preise glaubt man einen größeren Warenumlauf herbeiführen zu können. Letztes Ziel ist: Anturberung der Wirtschaft, Milderung der Arbeitslosigkeit. Dieser Ausschuss hat am 14. November folgenden Aufruf erlassen:

„Wie die Reichsregierung in ihrem Wirtschafts- und Finanzprogramm betont hat, ist die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie eine Notwendigkeit. Durch Verbilligung von Erzeugung und Verbrauch muß die Wirtschaft neu belebt werden. Verbilligung des Verbrauchs, Senkung der Lebenshaltungskosten sind insbesondere auch geboten, um die Wirkungen abzumildern, die sich aus der Kürzung der Beamtengehälter und aus Lohnentkungen ergeben. Ihr Ziel ist ebenfalls, die Lasten zu ermäßigen, die auf der Erzeugung ruhen.“

Niemand darf und wird sich auf die Dauer dieser zwangsweisen Entwicklung entziehen können. Sache der Regierung ist es, sie mit allen Kräften zu fördern, damit die Schäden und Nachteile der Ueberangrenztheit zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, von Preisen und Kaufkraft abgezurgt und das Millionenheer der Arbeitslosen so rasch wie möglich der schaffenden Tätigkeit wieder zugeführt wird.

Die ungeahnten und vielgestaltigen wirtschaftlichen Vorgänge des täglichen Lebens können nun aber nicht durch staatlichen Zwang in diesem Sinne einseitig und plötzlich gestaltet werden. Zwang ist geboten, wenn der wirtschaftlichen Entwicklung wider bessere Erkenntnisse Hindernisse beseitigt werden, die anders nicht zu beseitigen sind. In diesem Sinne fördernd diese Verbilligungswendungen zu stützen, ist die Aufgabe des Ausschusses für Arbeits- und Preisfragen.

Fast noch wichtiger aber als Zwang ist neben den Verhandlungen des Staates zu gütlicher Lösung der Fragen der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende.

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preisentkung stärksten Einfluß nehmen kann. Sie kann die Verkäufer und die Waren bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird als durch andere.

Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu dulden, daß durch Zurückhaltung im Preisabbau einzelne unbedeutende Vorteile haben, wenn andere in richtiger Erkenntnis der Lage Opfer bringen. Sie kann und muß auch hier der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Der Presse jeder Richtung und Größe, be-

sonders auch den Zeitungen auf dem Lande, sind hier wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben erwachsen, die verdientvoll gelöst werden können.

Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern, dessen Preise weit unter dem Stand derer anderer Waren hinabgeglitten sind. Wird dieser Bewegung Einhalt geboten, wird versucht, in angemessenen Grenzen die Preise der Agrarergüsse und der anderen Waren einander anzunähern, dann braucht daraus für die Lebenshaltungskosten der breiten Massen keinerlei Nachteil zu entstehen.

Denn die rückläufige Bewegung der Preise, die der letzte Verbraucher zu zahlen hat, muß dadurch auch weiter möglich sein, daß sich der Unterschied der Preisspannen in gerechter Weise auf die Zwischenglieder verteilt.“

Der Verlaubarung des Kabinettsausschusses war eine Zusammenstellung über die Abwärtsbewegung der Preise in der letzten Zeit beigegeben, sowohl bezüglich der Rohstoffe der Wirtschaft, als auch der täglichen Bedarfsartikel. Der Ausschuss bemerkt dazu abschließend:

„In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Abfälle vom Preise im Einzelhaushalt nur in Pfennigbeträgen auswirken. Wer sich der Inflationsfalle noch nicht entziehen kann, auf 5- oder 10-Pfennig-Beträge abzurunden, der wird genug Gelegenheiten haben, den Erfolg der Preisentkungen zu verfeinern. Tatsächlich ist aber die Zeit dazu zu ernst. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Daher muß der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Maßnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.“

So wird der Ausschuss für Arbeits- und Preisfragen mit allem Nachdruck an die weitere Entlastung der Wirtschaft durch Preisermäßigungen herangehen.“

Wir sind die letzten, die nicht anerkennen, daß sich die Reichsregierung bemüht, den längst fälligen Preisabbau zu fördern. Trotzdem befürchten wir, daß die ganze Aktion auf halbem Wege steckenbleiben wird, einmal deshalb, weil der Regierung nicht genügend Nachmittage an die Hand gegeben sind, um ihre Pläne mit genügendem Erfolg voranzutreiben zu können, und zum anderen, weil man nicht auch resolut genug den Abbau des aufgeblähten Verwaltungsapparates betreibt. Gerade das Letztere halten wir für außerordentlich wichtig. Solange die Wirtschaft mit überpannten öffentlichen Abgaben belastet ist, läßt man den Kreisen der Wirtschaft, die sich gegen einen merklichen Preisabbau sträuben, ein willkommener Argument, hinter dem sie sich vertreiben können. Schließlich darf aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß, solange unsere Wirtschaft insgesamt circa zwei Milliarden Mark jährlich an Reparationszahlungen aufzubringen hat, ein Hemmnis für einen radikalen Preisabbau gegeben ist. Der Sach, der vor einigen Jahren einmal ausgeprochen wurde: „Erst müssen unsere Arbeiter Brot haben: dann erst können wir Reparationszahlungen leisten.“ hat bei unserer heutigen Notlage doppelte Bedeutung.

Im übrigen haben wir zu der Preisabbauaktion doch noch einige Bemerkungen bzw. Feststellungen zu machen.

1. Die durch die Presse laufenden Mitteilungen über Preisentkungen ruhen wenig, wenn nicht auch dafür gesorgt wird, daß die Senkung der Preise allgemein vorgenommen wird. Bis hier ist von einer Preisentkung der notwendigen Bedarfsartikel für den Haushalt kaum etwas zu vernehmen.
2. Die notwendige Preisentkung darf sich nicht in einigen Prozenten auf einige Artikel erschöpfen, sondern muß alle Waren umfassen und bis an die unterste Grenze des Möglichen gehen.
3. Bei Beurteilung der Möglichkeiten für eine

stärkere Preisentkung darf die Frage, ob die gegenwärtig vorhandenen Handelsunternehmungen bei weiterer Preisentkung alle eine auskömmliche Existenzgrundlage behalten, keine Rolle spielen. Hebrall dort, wo der Handel überlebt ist, wo also die Warenverteilung durch bedeutend weniger Unternehmungen ordnungsmäßig vorstatten gehen kann, ist auf eine Verringerung der Zahl der Handelsunternehmungen hinzuwirken.

4. Die Preisabbau muß in weit schnellerem Tempo als bisher vor sich gehen, damit die Senkungsaktion in etwa einem Monat als beendet angehen werden kann. Je länger die Aktion dauert, je länger wird auch der angestrebte höhere Warenumlauf auf sich warten lassen.
5. Der Umfang des Lohnabbaues auf der ganzen Linie, also auch in den Berufen, wo die Löhne ein gewisses Mittel der Löhne überhaupt nicht überschreiten, muß aufhören. Das Realeinkommen der Arbeiterklasse — allgemein gesehen — ist schon so stark gesunken, daß darin ernste Gefahren für den als notwendig erkannten erhöhten Warenumlauf liegen.
6. Die Ergebnisse der Preisentkungsaktion müssen gesichert werden, d. h. es sind Vorkehrungen zu treffen, daß nicht bei erhöhter Nachfrage nach Waren die Preise wieder in die Höhe schnellen. Wird das versäumt, so wird die Preisentkungsaktion nur eine Episode sein, von der nach einigen Wochen nicht einmal mehr irgendwelche Spuren vorhanden sein werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Preisentkungsaktion der Reichsregierung nur dann Erfolg haben wird, daß sie nur dann ihren Zweck — Anturberung der Wirtschaft — erreichen kann, wenn nach den vorgenannten Grundrissen verfahren wird. Es muß dem Volke und der Wirtschaft, auch dem Staate nichts, wenn wir in Zukunft mit etwas kleineren Ziffern bei den Einnahmen und Ausgaben rechnen können. Das Ziel muß sein, der breiten Masse des Volkes ein besseres Realeinkommen zu verschaffen, die Kaufkraft zu stärken, damit von der Seite her eine Belebung der Wirtschaft angebahnt werden kann.

Wir sind der Auffassung, daß die Preisentkungsaktion der Reichsregierung nur dann Erfolg haben wird, daß sie nur dann ihren Zweck — Anturberung der Wirtschaft — erreichen kann, wenn nach den vorgenannten Grundrissen verfahren wird. Es muß dem Volke und der Wirtschaft, auch dem Staate nichts, wenn wir in Zukunft mit etwas kleineren Ziffern bei den Einnahmen und Ausgaben rechnen können. Das Ziel muß sein, der breiten Masse des Volkes ein besseres Realeinkommen zu verschaffen, die Kaufkraft zu stärken, damit von der Seite her eine Belebung der Wirtschaft angebahnt werden kann.

Eine inhaltreiche Tagung des DGB

Am 20. und 21. November tagte in Berlin der große Ausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Seine Beratungen galt in erster Linie der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wohl kaum je zuvor fiel die Meinungsäußerung der obersten Stelle der Spitzenorganisation der christlichen Gewerkschaftsbewegung in so schärflicher Weise wie jetzt.

Reichstagsabgeordneter Imbusch leitete als Vorsitzender des Bundes die Verhandlungen. Er wies einleitend darauf hin, daß die Arbeitnehmer sich der Tatsache nicht verschließen, daß die allgemeine Wirtschaftslage nicht gut ist. Man solle aber doch nicht überreiben. Wichtig sei die Situation durch die Reichstagsauflösung und den Ausfall der Reichstagswahl. Die Regierungserklärung werde von den Arbeitgebern falsch ausgelegt. Es sei nicht Sinn dieser Erklärung, daß eine Sanierung unseres Staats- und Wirtschaftslebens nur auf dem Wege der Lohnentkung vor sich gehen solle. Man solle nicht die Schuld an der Krise auf hohe Löhne schieben. Das absolute Lohnniveau der Arbeitnehmer sei vielfach schon stark gesenkt durch Abschürfungen und Kurzarbeit. Auch die Arbeitgeber hätten in der Vergangenheit viele Fehler gemacht, an die sie allerdings nicht gern erinnert sein möchten. Bessere Maßnahmen, wie Gehaltsentkungen usw. seien zu ergreifen.

Zelten wie die letzten seien naturgemäß einer Arbeitnehmerbewegung nicht günstig. Unsere Bewegung wolle, wie in der Vergangenheit, auch jetzt ehrliche Arbeitnehmerpolitik treiben. In erster Linie gelte es, die Bewegung trotz aller Schwierigkeiten hochzuhalten, um beim Wiederaufstieg zu neuen Erfolgen vorzuziehen. Selbstverständlich gelte unsere Arbeit der Mitarbeit im Rahmen des Ganzen — getreu unseren alten Grundrissen. Im Hauptreferat zu den Wirtschaftsfragen sprach Dr. Zahn über: „Wirtschaftspolitik und Wirtschaftskrise“. Der diesjährige Wirtschaftsumfang, so führte er aus, betrage etwa vier Fünftel des vorjährigen. Weil die Lage schlecht ist, darum verläßt sich der Glaube und die Hoffnung auf die Staatshilfe. Des Weg-

toren Kraft ist aber in diesen Dingen sehr begrenzt. Die meisten „Projektentwerfer“, die sich jetzt melden, sind meist nicht ernst zu nehmen. Leider ist man nämlich mehr darauf angewiesen, die Folgen der Krise zu mildern, statt die Ursachen zu bekämpfen. Letzteres ist bei uns allein auch nicht möglich, weil es sich um eine internationale, um eine Weltkrise handelt.

Das Regierungsprogramm steht im Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Betrachtung. Man braucht es nicht in allen Einzelheiten als gut anzusehen und kann es doch auch nicht als schlecht bezeichnen. Die Preisentlastungsaktion ist zu begrüßen. Wir haben alle Ursache, sie überall zu fördern. Hier hat insbesondere die Hausfrau bei ihren Einkäufen sehr viel Macht in Händen. Problematisch bleibt die Lohnentlastungsaktion im Rahmen der allgemeinen Preisentlastung, wie noch nicht zu übersehen ist, ob durch Preisentlastung die reale Kaufkraft erhöht wird. Es ist nämlich fraglich, ob mit einer Preisentlastung auf Grund von Lohnentlastungen die Wirtschaft tatsächlich „angefurbelt“ wird. Die wirtschaftliche Zukunft ändern sich nicht, wenn Preise und Löhne gleichermaßen gelockert werden. Die geplante Senkung der Beamtengehälter soll befristet sein. Das ist dann ein Unrecht, wenn die allgemeine Preisentlastung gelingt (wovon man doch ausgehen muß) weil dann bei Aufhebung der Gehaltsfrierungen die Beamten eine Gehaltssteigerung haben, während allen übrigen Volksschichten eine solche verweigert bleibt.

Der Theorie der Unternehmer zur Frage der Lohn- und Preisentlastung vermag die Arbeitnehmerfrage nicht zu folgen. Wie soll angeht die Überalterung mit Arbeitszeitverlängerung bei gleichzeitiger Lohnfrierung eine wirtschaftliche Besserung eintreten? Die Behauptung, die allgemeine „Rentabilität“ der Unternehmungen sei zerstört, ist falsch. Wäre sie richtig, so müßte auch die Kapitalabflucht zerstört sein; das ist aber nicht der Fall. Bisher bestand noch absolute Konkurrenzfähigkeit mit der übrigen Welt. Der deutsche Außenhandel war bisher noch durchaus gut.

Der wirtschaftliche Sinn des Regierungsprogramms ist auch nicht in der Preis- und Lohnentlastungsaktion zu erblicken. Sie sind nur Teile im Ganzen. Der Hauptbestandteil dieses Programms ist der finanzpolitische Teil. Dieser ist wirtschaftlich durchaus positiv. Die finanzpolitische Sanierung verhilft den weitesten Kreisen „Rump auf Kot“ und wirkt so günstig. So ist diese Finanzpolitik zugleich wirtschaftliche Kapitalpolitik.

Wir können als Arbeitnehmer bei unseren Betrachtungen nicht an den Reparationspolitiken nachschauen vorzugehen. Erleichterungen auf diesem Gebiete würden günstig für die allgemeine Finanz- und Zinspolitik. Sie sind, für die Dauer gesehen, die Grundlätze aller Sanierungspolitik.

Wenn wir so die Dinge sehen, dann können wir das Regierungsprogramm als Ganzes nicht ablehnen. Was geübt soll, hat jedoch nur dann Zweck, wenn es schnell geschieht. Was bisher schon im Kleinen geschah, ist gewiß nicht nebenächlich, aber es genügt noch nicht zur endgültigen Sanierung.

Reichsminister Dr. Brüning, der die Tagung besuchte, wagt die Zeitgenossen mit dem Sturztag September 1923. Allerdings seien die Ursachen der jetzigen Krise anderer Natur wie 1923. Damals waren wir im Drange außenpolitischer Gewalt, heute sind wir infolge einer, die ganze Welt umfassenden Wirtschaftskrise in die Kisten der Zeit verstrickt. Während damals die gewaltige Inflation unsere Wirtschaft zerstörte, hat heute Ueberproduktion und Kapitalknappheit den normalen Ablauf der Wirtschaftsfunktion eingesenkt. Die gegenwärtige Lage, so führte der Reichsminister aus, bringe für alle Schichten des Volkes Opfer. Wer heute etwas anderes verpöndelt, kenne den Ernst der Lage nicht. Wir müßten unseren Staat erst in Ordnung bringen, ehe mit Erfolg Schritte für außenpolitische Erleichterungen unternommen werden könnten. Mit großen Voraussetzungen sei da nichts zu machen. Die Reichsregierung denke nicht daran, auf dem Wege der Schlichtung die Lohnentlastungen schematisch zu betreiben. Die Preisentlastungs-

aktion sei nicht als Scheinaktion zu betrachten, und solle auch nicht als überlange Zeit betrieben, sondern möglichst schnell durchgeführt werden. Allerdings müsse man Verständnis dafür finden, daß diese große Maßnahme nicht von heute auf morgen reiflos zu erledigen sei. Zum Politischen meinte Dr. Brüning humorvoll, gegenwärtig dränge sich niemand zum Reichstagsparlament. Wenn aber die unpopuläre Arbeit getan sei, so etwa im kommenden Frühjahr, dann würden sich wohl wieder Wähler finden.

Auch der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald äußerte sich in ähnlichem Sinne wie der Kanzler. Er bemerkte, daß es nicht richtig sei, wenn man annehme, Deutschland ginge mit der Lohnentlastung voran. Eine Reihe anderer Länder, auch Konkurrenzländer, so Italien, Australien (mit seiner Arbeiterregierung) und zum Teil auch England seien Deutschland längst vorgegangen.

Neben der Wirtschaftspolitik nahm die Sozialpolitik, insbesondere die Sozialversicherung einen breiten Raum innerhalb der Beratung ein. Professor Dr. Brauer sprach über: Die berufsmäßige Idee in der Sozialpolitik und soziale Reform, und Präsident Meißner über: Die praktische Umgestaltung unserer Sozialpolitik. Wir kommen auf diese Vorträge später noch zurück.

Eine außerordentlich lebhafteste Debatte ergänzte die Referate. Dabei wurden besonders die praktischen Seiten der Wirtschafts- und Sozialpolitik besprochen. Arbeitszeit und Lohnfrage nahmen dabei breiten Raum ein. Grundgedanken aller solcher Debatten bleibt aber immer die Frage: auf welchen Wegen kann die Arbeitslosigkeit gemindert und das Los der Arbeitslosen erleichtert werden. Die Leitung des DGB, und alle Instanzen innerhalb der Bewegung erhielten wertvolle Anregung zum weiteren Wirken für die Lösung der schwebenden Fragen.

Die Essener Reichstagung der Christlichen Arbeiterhilfe

II.

Die Verhandlungen des zweiten Tages waren ausschließlich dem

Arbeitslosenproblem

gewidmet. In seinem ganzen Ausmaß ist es in dem Vortrage von Reichsminister Dr. Brüning Duisburg aufgezeigt worden. Zahlenfolgen reichten sich aneinander, die in ihrer Klarheit die Tragik der heutigen Massenarbeitslosigkeit mit ihren tiefsten volkswirtschaftlichen Ursachen und der Verdrängung innerer Werte doppelt bewußt machten. Es kann nicht anerkannt werden, daß diese Not in der Weltwirtschaftskrise die alleinige Ursache hat; sie trägt auch typisch deutsche Züge. Eine teilweise Erklärung der Arbeitslosigkeit gibt der Bevölkerungswachstum, das Einströmen von Millionen neuer Erwerbstätiger in die Wirtschaft im Laufe der letzten Jahre. Hunderttausende von Arbeitskräften hat die Rationalisierung freigesetzt, oft in durchaus überflüssiger und unproduktiver Form. Fehlerhafte Kapitalinvestitionen in Verbindung mit ungesund aufgestellten Kartellen, Konzernen und Trustbildungen haben den Wirtschaftsraum weiter verengt. Eine starke Ueberleitung des Verwaltungsapparates bei vielen Unternehmungen, im Zusammenhang damit die Zahlung von Rielen, Gehältern an Generaldirektoren, Aufsichtsräte usw., erhöht die Beringerung der Befähigungen, die auf der Wirtschaft ruhen, fortgesetzt. Dazu kommen die drückenden Reparationskosten, die auf die Dauer einfach nicht getragen werden können. Die Opfer zur Sanierung der Wirtschaft dürfen nicht nur von der Arbeiterschaft verlangt werden. Die Gewerkschaften müssen etwas Maßes sein, damit die schmerzliche Ordnung der Finanzen, eine gründliche Verwaltungsreform oben und unten, die Durchführung der Maßnahmen gegen die Kartelle, eine Herabsetzung der hohen Gehälter in der Industrie geschieht. Die gemeinsame Not muß gemeinlich

von allen Schichten des Volkes getragen werden. Die Lösung vor der menschlichen Würde und Freiheit darf nicht nur in der Reichsverfassung liegen, es soll den Kampf um sie gerade auch im Wirtschaftlichen. Ueber Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtspflege sprach Bürgermeister Reuter, Duisburg. Die Befreiung der Städte und Kreise durch die Unterstützung der Wohlfahrtsverbände ist zielebend gemacht. Angeführt die ganzen Einkommen aus der Gewerbe- und Lohnsteuer werden durch die Hilfsleistungen schon weggenommen. Die unsicheren Steuerquellen, die durch die Notverordnung aufgehoben werden, sind völlig unzulänglich. Die Verbringung aller Erwerbslosen durch das Reich, unter Beibehaltung des Verzögerungsprinzips und vielleicht auch unter Beteiligung der Gemeinden, muß angestrebt werden. Das Aufkommen der Arbeitslosenversicherung muß durch Über anderer Vorkasse ergänzt werden. Die Wohlfahrtsverbände wollen lieber Arbeit als Unterfüttern, das hat sich bei der Arbeitsfürsorge, die in den Städten für sie durchgeführt wird, ergeben.

Die Aussprache zu beiden Referaten war sehr lebhaft; angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten des Problems war sie mehr als einmal auf den Ton der Resignation gestimmt. Körner-Köln hat um gründliche Prüfung der Mittel, die in der Forderung des 9. Schularbes und der Verbringung der Arbeitszeit zur Verringerung der Erwerbslosigkeit empfohlen werden. Besonders die Verbringung der Arbeitszeit erscheint sehr problematisch, weil sie nur eine Verdrängung, keine Vermehrung der Kaufkraft bedeutet.

Regierungsrat Eigenlaub-Karlsruhe wies auf die katastrophale finanzielle Lage der kleinen und mittleren Gemeinden und die Großstädte herum als Folge der Wohlfahrtsverbände hin. Es sei nötig, daß in die Notstandsarbeiten auch die Ausgesteuerten einbezogen würden. Man müsse sich auch überlegen, was die Christliche Arbeiterhilfe zur Verringerung der Notlage der Arbeitslosen praktisch tun könne. Darauf verhandelte Reichspräsident v. Brüning, eine Antwort zu geben.

Daumann-Breslau fordert ausreichende Bezahlung in der Arbeitsfürsorge für Erwerbslose und wies die Frage der Pflichtarbeit auf, die man nicht grundsätzlich ablehnen könne. Reimede-Köln vom katholischen Gewerksverein kennzeichnet die Gebühungen, denen vor allem die kranken Arbeitslosen ausgesetzt seien. Ihnen müsse besondere Sorge gelten. Ihre brüchige Zeit müsse nützlich ausgefüllt werden. Unterrichtsfrage seien einzuordnen, Arbeitsmöglichkeiten müssen bis zum letzten Rest ausgenutzt werden. Wirtschaftliche Hemmnisse, die der Arbeitslosenhilfe innerhalb der freien Jugendpflege oft entgegenständen, müßten endlich überwunden werden. Man solle auch einmal darauf achten, daß überall die Wochentags-Arbeitszeit eingehalten werde. Bei den Lebigenentlastungen sei zu berücksichtigen, daß damit die Gründung neuer, arbeitsloser Familien erschwert würde.

Weinbrunner-Duisburg bemängelte die falsche Konstruktion der Arbeitsfürsorge, die unrichtige Verteilung der Arbeitsplätze auf dem Wirtschaftsmarkt und die Ineffizienz der Reichsarbeitsministeriums. Graf v. Helldorf-München rief warm zu persönlichen Vorbereitungen auf. Wir müssen in die Häuser gehen und die Menschen stark machen, damit sie der Not in die Augen schauen und sie überwinden. Auch Freundenträger müssen wir sein.

Am Abschluß der Reichstagung fanden die beiden ersten Referate von Pfarrer Westhoff-Berlin und Professor Dr. Brauer-Königswinter über „Die Arbeitslosigkeit als soziales Problem“.

Tief leidet der Arbeitslose unter dem Gefühl gesellschaftlicher Isolation. Er verliert das Vertrauen in sein Können und seinen menschlichen Wert, entwirrt in sich selbst. Sein seelisches Gleichgewicht wird so gestört, daß es zweifelhaft ist, ob es je gelinzt, wieder eine Ausgleichung herbeizuführen. Mit der Beschäftigung ist der wichtigste Faktor im sozialen Leben erschüttert, denn von der Selbstachtung des Menschen hängt auch das Selbst-

Gewerkschaftliche Jugendbewegung

Das eindrucksvollste Erlebnis in der gewerkschaftlichen Jugendbewegung des Berichtsjahres war der zweite Reichsjugendtag am 18. und 19. August in Köln. Es war eine Kundgebung, die nicht von oben her „aufgezwungen“ wurde, sondern von unten herantreten gemacht war. Der erste Reichsjugendtag war drei Jahre vorher gewesen, am 5. und 6. September 1923 in Essen. Das war zu einer Zeit, als manche Jugendbewegungen, insbesondere aus dem katholischen Lager, die christlichen Gewerkschaften als eine Bewegung der Alten abtun wollten. Die had in Essen eines Besseren belehrt worden. Daß wir dort 5000 Junggewerkschaftler zusammenbrachten, konnten wir als einen glänzenden Erfolg buchen. Von da ab ging die Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften auf der ganzen Linie stetig und unaufhaltsam vorwärts in ihrer zahlenmäßigen Stärke und in ihrer inneren Ideenmäßigen Einstellung. Der zweite Reichsjugendtag war eine höhere Stufe dieses Vorwärtsganges. Er zeigte Freund und Feind, daß die alten Ideale der christlichen Gewerkschaften von einer lebendigen Jugend aufgegriffen und weitergetragen werden. Das junge Werkstoff brauchte nicht erst aufzurüttelt zu werden. Es kam — fast möchte man sagen — von selbst. Mit 6000-7000 hatte man ursprünglich gerechnet. Und als man bei den Vorbereitungen feststellte, daß es zum mindesten 12 000 werden würden, da brachten die Verbände, weil nicht genügend Schiffe für die Rheinfahrt aufzutreiben waren. Und dennoch kamen 25 000 Jungen und Mädchen. Aus allen Ecken des deutschen Vaterlandes und aus den Grenzgebieten. In heller Begeisterung. In jugendlichem Hochmut, aber auch mit dem tiefen Ernst bewusster Verantwortung für das Werk, das die Alten begonnen. Wer gesehen hat, mit welchem Jubel sie die Führer der Bewegung begrüßten, der hätte, wie die Jugend fest und unerschütterlich in der Tradition war. Und wer bei den ersten Beratungen mit dabei war, der

las aus allem und jedem den festen Willen heraus, die Gegenwart gewordene Tradition aus eigenem Erleben und aus eigener Gestaltungskraft weiterzubauen. Die beiden Gottesdienste auf dem Freigelände wurden zu einem impetösen Bekenntnis, daß Gottes Wort als Schöpfer und Fundament des Schaffens auch des jungen christlichen Werkstoffes trägt, das es als selbstbeständig aufsteht, dem Menschen die Ehre zu geben. Die Predigt Dr. Kallmanns vom Zimmermannsjoch ließ die Augen der Jungmänner und Jungmädchen aufleuchten, brachte ihnen erneut ihre heilige Mission aufgabe zum Bewußtsein, und als auf der Kundgebung Jakob Kaiser in martianen Sätzen die Verantwortung der Jugend für den Aufstieg der Arbeiterschaft herausstellte, da wuchs das kirchliche Feuer zu einem feierlichen Gelände, das sich zum Höhenpunkt steigerte, als der Erste Vorsitzende des Gesamtverbandes, Bernhard Ditt, den Kreuzschwur der 25 000 Jungmänner und Jungmädchen entgegennahm. Der würdige und gewaltige Sprecher von Bierrecht „Dinauf zum Licht“, geführt von der über sich selbst hinauswachsenden, herfüllenden Gestalt des Schmiedes, padis auch einmal die Herzen aller, der Alten und der Jungen. Als die letzte Strophe des Niederländischen Dankgebets verklungen war, da formten sich die Scharen des jungen Werkstoffes zum Festzuge, begeitert von dem großen Erlebnis, maßgeblich in ihrer Haltung, festlich in dem Glanzen an die eigene Kraft. Den Weg umhüllten ungezählte Fackeln, die mit Lichtung und Anreizung und mit Bewunderung die neue Welle der christlichen Gewerkschaftsbewegung mit ihrer rühmvollen Geschichte vorüberziehen ließen. Und als 24 Dampf der jungen christlichen Menschen rheinwärts brachten, da wurde diese Flottenfahrt zu einem herrlichen Ausklang, den selbst Köln kaum jemals erlebt hat.

Recht war das Echo in der gesamten Presse. Die Beteiligung fast aller alten Klümpen und Verbände, vorstehenden, zahlreicher Vertreter der befreundeten Organisationen und konfessionellen Vereine sowie vieler Gäste ließ die Herzen der Jungmänner und Jungmädchen über-

schlagen. Ihre Begeisterung haben sie mit heimgetragen in ihre Werkstatt. Sie wird reiche Früchte tragen, nicht nur für die christliche Gewerkschaftsbewegung, sondern sie darf in ihrem einheitslichen Zusammenklang auch als ein neuer und wertvoller Baustein für die Volksgemeinschaft gewertet werden.

Das heranwachsende Werkstoff ist in einem Maße für die Gedankenwelt der christlichen Arbeitersbewegung aufgeschlossen, wie das früher kaum jemals der Fall war. Und überall, wo verlebende Jugendführer an der Arbeit sind, hat die Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften einen gewaltigen Aufschwung genommen. Während in der ersten Zeit der „Stabilisierung“ knapp 10% der Mitglieder junge Menschen waren, können wir heute feststellen, daß 30-35% der Gesamtmitgliedschaft in den einzelnen Verbänden Jungmänner und Jungmädchen zwischen 14 und 21 Jahren sind. So, es gibt nicht wenige Gruppen und Bezirke, wo sie 60% und mehr ausmachen. Nicht zuletzt ist das auf die rege und intensive Schulungsarbeit zurückzuführen, auf die der Gesamtverband und die Berufsverbände in den letzten Jahren den größten Wert legten. So konnte mit dem äußeren Wachstum die innere Einstellung gleichen Schritt halten.

Nach dem Reichsjugendtag ist allenthalben eine verstärkte Frühlingszeit zum Schaffen in den Jugendgruppen der christlichen Gewerkschaften erreicht. Das prägt sich nicht nur in einem Neuzug an Kurzen und Neugründungen von Gruppen aus, sondern auch in dem regen Willen zur Werbung neuer Mitglieder. Die Jugendverbände der einzelnen Bezirke, die in den darauffolgenden Monaten durchgeführt wurden, waren auf der ganzen Linie ein voller Erfolg. So gelang es beispielsweise den Jugendgruppen des christlichen Textilarbeitersverbandes 1130 Neuaufnahmen zu erzielen. Die Textilarbeiter-Jugendgruppen liegen von Köln am Ende 1923 auf 21 Ende 1922, die Zahl der weiblichen Gruppen erhöhte sich von 35 auf 48. Auch bei den Metallarbeitern, Schmiedearbeitern und auch bei allen übrigen Verbänden lag die Zahl der von den Jugendgruppen erhaltenen Neuzugänge in erfreulichem Maße.

bewußtsein des ganzen Standes ab. Dem Arbeitslosen wird das Leben zum Kästel. Der Geist grenzenloser Kritik wird in ihm wach, er verfaßt schließlich dem Gedanken einer gewaltigen Revolution. Er anerkennt nicht den Zwang der Verhältnisse, sondern empfindet sich als Opfer einer feindseligen, perfidenen Macht. Hier liegt die große Schwierigkeit der richtigen psychologischen Behandlung des Arbeitslosen. Er ist den Erzeugnissen seiner Handarbeit ausgeliefert, weil die Bekämpfung seiner Persönlichkeit in der Wirtschaft ihm verfehlt ist. Eine übermächtige Gültigkeit wählt in ihm als Ergebnis der Not. Den jungen Menschen führt diese Not zur Unverantwortlichkeit und zum Kapitalismus, dem verarbeiteten Arbeitslosen untergräbt sie die Autorität in der Familie. Er aber die Familie gefährdet, so ist die Zelle des sozialen Lebens überhaupt bedroht.

Wir die persönlich-menschliche Hilfe, wie sie innerhalb der christlichen Arbeiterarbeit an den leidenden Brüdern und Schweftern geübt werden muß, gibt es kein Rezept. Sie vermag zu erfüllen allein aus der Gewissensverpflichtung, die jedem von uns auferlegt ist in dem Wort des Herrn: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst!

Kritisches zum Deutschen

Schneidertag

Wir haben in den beiden letzten Nummern unserer Zeitung über die Verhandlungen des Deutschen Schneidertages berichtet, ohne zu den Beschlüssen desselben oder zu sonstigen Verlautbarungen in den Kreisen und Diskussionen Stellung zu nehmen. Das soll in nachstehenden Ausführungen geschehen. Dabei wollen wir jedoch nur zu den Einzelheiten Stellung nehmen, an denen die Gewerkschaft härter interessiert ist.

Es ist im Leben immer so, daß man Dinge, die sich für einen bestimmten Interessentenkreis zu sehen, wie sie von dem betreffenden Referenten dargestellt wurden, auch anders sehen kann, wenn man sie von einer anderen Perspektive aus betrachtet. Wenn wir das tun, so möge man in den Kreisen der Innungen dies als einen Versuch zur Klärung der Fragen ansehen. In diesem Sinne möchten wir die nachfolgende Kritik gemeldet haben.

Herr Dr. Menning glaubte feststellen zu müssen, daß die Regierungen in den letzten Jahren allzusehr auf die — seiner Meinung nach überhöhte — Macht der Arbeitnehmerhaft geteilt und an der mittelständischen Wirtschaft und ihren Forderungen vorbeizögen hätten. Er hat wohl damit zum Ausdruck bringen wollen, daß man in der Sozialpolitik einen falschen Kurs gefahren habe. Wir sehen die Dinge anders. Die Arbeiterhaft gehört leider Gottes noch immer zu der Volksschicht, die einer stärkeren Betreuung seitens des Staates bedarf, damit sie nicht ganz verelendet. Niemand wird nachweisen können, daß bei uns noch eine andere Volksschicht vorhanden ist, die in den Nachkriegsjahren in so starkem Maße unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hatte, als die Arbeiterhaft. Insbesondere selbst sie unter der gegenwärtigen Krise weit stärker als die anderen Schichten. Und wenn nun schon das Wesen der Sozialpolitik darin besteht, die geistigen und leiblichen Bedürfnisse der Menschen der unteren Volksschichten zu schützen, so darf man den Regierenden keinen Vorwurf daraus machen, daß sie sich der Volksschicht in besonderer Weise annimmt, die von der allgemeinen Not am härtesten betroffen wird.

Uebrigens ist es auch nicht so, daß der Handwerkerstand sozialpolitisch vernachlässigt worden ist. Wir wollen uns nicht in Einzelheiten verlieren, aber man nenne uns einen Stand, der zum Beispiel in der Frage der berufständigen Organisation seitens des Staates so gut betreut wird, als der Handwerkerstand. Er genießt in der Frage eine Vorrangstellung gegenüber allen anderen Ständen. Was das bedeutet und was damit anzufangen ist, wissen die Herren vom Reichsverband sehr genau. Wie wäre es, wenn die Handwerkerorganisationen in der Beziehung mit dem tauschen würden, was die Gewerkschaften an Rechten vom Staate erhalten haben? — Um nicht mißverstanden zu werden, betonen wir jedoch, daß wir auf das Recht, Zwangsorganisationen zu bilden, als Arbeitnehmer verzichten, weil es unserem Gedankenkreis nicht liegt, eine Vorrangstellung zu genießen. Uns genügt es, wenn man uns die gleichen Rechte gibt, die andere Stände haben.

Der Lohn soll nicht nur als Konsumfaktor, sondern für die Wirtschaft auch als Umkreisfaktor angesehen werden, so führte Herr Dr. Menning weiter aus. Das war sehr vorsichtig ausgedrückt. Man kann den Satz seitens der Arbeiterhaft sogar umdrehen. Die Frage ist aber die: welcher von den beiden Faktoren soll den Vorrang haben. Und da glauben wir, daß der Lohn in erster Linie als Konsumfaktor zu sehen ist. Warum?

Unsere deutsche Wirtschaft muß ihre Produkte zu mehr als 80 Prozent auf dem Binnenmarkt absetzen, die Nachfrage wird fast ausschließlich. Es gibt kein Mittel, die Absatzleistung zu steigern, wenn nicht gleichzeitig ein harter Rückgang des Verbrauchs im Inlande eintritt. Der Inlandsmarkt aber wird in hartem Maße beeinflusst von dem Stand der Reallohne. Bei mindestens 70 Prozent des heutigen Lohnes richtet sich die Kaufkraft nach dem Stand der Löhne und Gehälter. Schwächt man die Kaufkraft dieser breiten Volksschicht, so tritt automatisch eine Verkleinerung der Wirtschaftslage ein. Aus diesen Gründen glauben wir, daß der Lohn in erster Linie als Konsumfaktor gelten muß, wenn wir zu einem Aufschwung der Wirtschaft kommen wollen. Kammt sich aber die Wirtschaftsdreier von einem Rückgang der Löhne keine Besserung der Geschäftslage, sondern weit eher eine Verschlechterung derselben zu erwarten. Wenn nicht Arbeiter und Angestellte dem Kundenkreis der Wirtschaftsbereit durch ihre Kaufkraft Kaufkraft erhalten können, so wird bestimmt eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage für die Wirtschaftsbereit eintreten.

Schließlich interessiert ist die Gewerkschaft an dem Bestehen des Schneidertages, in der Hinsicht der Innungen. Insbesondere Arbeitergruppen zu bilden, die Einfluss auf die Gestaltung des Lohn- und Tarifwesens nehmen sollen. Die amtlichen Zwangsorganisationen des Handwerks werden bei Ausführung dieses Bestandes bewußt in den Dienst der Arbeitgeberinteressen gestellt. Ohne diesen Kritik über zu wollen, müssen wir doch darauf hinweisen, daß der Reichsverband, der diese Dinge fördert, damit auch eine gewisse Verantwortung und Verpflichtung übernimmt, und zwar nach der Seite hin, daß er dafür zu sorgen hat, daß nicht andere Zweige der Innungen, zum Beispiel die Färberei

eines geordneten Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen (§ 81a R.G.) illusorisch werden. Das würde der Fall sein, wenn die Arbeitgebergruppen innerhalb der Innungen sich als Schlichterorganisationen entwickeln würden. Die Gefahr hierfür ist unseres Erachtens gar nicht einmal so klein, und zwar deshalb nicht, weil ein großer Teil der Innungsmeister keinen weiten Blick für die Erfordernisse des Gewerbes hat, sondern vielmehr nicht über den engen persönlichen Interessenzirkel hinaussieht. Die Leitung des Reichsverbandes weiß davon ja auch ein Vieles zu sagen und es wird für sie noch eine große Erziehungsaufgabe sein, den Blick der Innungsmeister in bezug auf wirtschaftliche Fragen zu weiten.

Als Gehilfenorganisation brauchen wir uns vor diesem neuen Gebilde im Arbeitgeberlager nicht zu fürchten. Die neue Organisation wird auch mit realen Möglichkeiten rechnen müssen. Die Organisation allein ist noch kein entscheidender Faktor im Wirtschaftsleben, auch nicht in Fragen der Lohn- und Tarifpolitik. Es kommt immer darauf an, was sie kann und zu leisten in der Lage ist. Nach alledem, was wir bisher über die Opferwilligkeit der für die neue Organisation vorgesehenen Kreise in Erfahrung bringen, dürfen wir wohl annehmen, daß der Ausbau der Organisation der Leitung des Reichsverbandes größere Kopfschmerzen bereiten wird, als ihre Gründung. Wir sprechen das hier aus, ohne dadurch zum Ausdruck bringen zu wollen, daß sich die Gewerkschaft in bezug auf die neue Arbeitgeberorganisation in Sicherheit wiegen soll. Es ist immer gut, wenn man im wirtschaftlichen Kampfe den Gegner nicht unterschätzt.

Wenn der neue Arbeitgeberverband dazu beitragen will und kann, daß die tarifvertragliche Ordnung im Gewerbe einen besseren Unterbau im Arbeitgeberlager bekommt, so kann uns dies nur recht sein. Eine bessere und genauere Durchführung der Tarifverträge liegt nicht nur im Interesse der Arbeitgeber, sondern auch der Arbeitnehmer. Als bedenklich aber müssen wir den Teil des Beschlusses des Schneidertages zur Organisationsfrage bezeichnen, der ausspricht, daß etwaige Ueberschreitungen der tariflichen Ebene seitens der Innungen mit Ordnungsstrafen geahndet werden sollen. Der Gesetzgeber hat bestimmt den Innungen das Recht, Ordnungsstrafen zu verhängen, nicht für diesen Zweck verhängen. Dazu kommt, daß nach den klaren Rechtsnormen tarifvertragliche Löhne immer Mindestlöhne sind. Sie können aber auch in der Praxis nur als solche angewendet werden. Beweis dafür ist u. a. die letzte Vereinbarung zwischen den Bergparteiern betreffend Gruppenarbeit. In derselben wurde — weil es in der Praxis gar nicht anders geht — ausdrücklich festgelegt, daß Ueberschreitungen der tariflichen Grundlöhne in besonderen Fällen zulässig sind. Wenn die Dinge aber in der Praxis so liegen, dann sollte man nicht seitens der Innungen Schwierigkeiten aufwärmen, die vermeidbar sind.

Die christlichen Gewerkschaften fordern

Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit — Behauptung des Reallohnes — Erheblichen und beschleunigten Preisabbau

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hielt am 19. November in Berlin eine Konferenz der Verbände vor. Die Beschlüsse der Konferenz sind in den Berichten der Gewerkschaften veröffentlicht. Die Beschlüsse zu diesen Fragen sind gefaßt worden, war die Aussprache von voller Einmütigkeit getragen.

Zur Ueberwindung der Arbeitslosigkeit wurde vor allem die Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit verlangt. Als völlig unverständlich wurde bezeichnet, daß die vor Monaten mit großer Hoffnung vom Reich begründete „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ bisher noch nicht die geringsten Anzeichen zur praktischen Lösung der Aufgaben, die ihr gestellt, gemacht habe. Auf die Mitwirkung von Arbeitervertretern in den Organen der Gesellschaft werde anscheinend verzichtet, um in der Beschäftigung nicht gehindert zu werden. Dabei liegen Arbeitsbeschaffungspläne in einem Ausmaße vor, daß nur zugreifen werden braucht, um einige hunderttausend Arbeiter wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Wenn die „Gesellschaft für öffentliche Arbeiten“ nicht schnellstens handeln, können sich durch die noch anwachsende Arbeitslosigkeit innenpolitisch die größten Komplikationen ergeben. Nur ein Volk, das dem Broterwerb nachzugehen vermöge, biete die Garantie für Ordnung und Wohlfahrt. Auch im Rahmen der Arbeitslosenversicherung müßten Mittel für produktive Arbeiten bereitgestellt werden. Die im Regierungsprogramm vorgesehene Verminderung der Unterstützung des Wohnungsbauens als Mittel der Hauszinssteuer erfordere im Interesse der Wahrung der Arbeitslosigkeit eine andere Lösung. Die fremdrentmündigen Wanderarbeiter müßten bei dem jetzigen Mißstande auf dem deutschen Arbeitsmarkt völlig von der Beschäftigung ausgeschlossen bleiben. Mehrere Fürsorge muß vor allem den langfristigen Arbeitslosen gelten. — Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit

im Interesse der Unterbringung von Arbeitslosen kann nicht generell, sondern nur von Beruf zu Beruf entschieden werden. Zumeist sei die Kurzarbeit schon sehr hart. Insgesamt sei eine Verkürzung der Arbeitszeit schon aus dem Grunde anzuraten, da der Bedarfsnachfrage bei erheblich verkürzter Arbeitszeit genügt werden würde, ohne daß die Produktionen sinken würden. Neben Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern in der Arbeitszeitfrage müsse eine neue internationale Regelung (besonders für den Bergbau und die Schwerindustrie) erstrebt werden. Bezüglich der Ausdehnung des volkswirtschaftlichen Alters ging die Auffassung dahin, daß jedwede Erhöhung der öffentlichen Ausgaben auch für Schulzwecke vermieden werden müsse. Deshalb werde man immer einer vorübergehenden Regelung den Vorrang geben, die das Alter für Beginn und Ende der Volkswirtschaftlich erhöhe. Die Frage der Arbeitsbeschäftigung sei jetzt völlig unzulässig.

Wir wollen uns auf diese wenigen Bemerkungen in unserer Kritik beschränken, weil wir damit die Dinge berührt haben die nach unserer Auffassung zurzeit für die Gewerkschaft im Vordergrund des Interesses stehen.

Erzeugerpreise — Kleinhandelspreise

Die vom Statistischen Reichsamt herausgegebene Uebersicht über die Großhandelspreise im Monat Oktober dieses Jahres (Wirtschaft und Statistik Heft 20) zeigt, daß das Preisniveau im Großhandel gegenüber Anfang Oktober 1929 um 12,6 Prozent gesunken ist. Die Statistik zeigt ferner, daß die Erzeugerpreise der Agrarprodukte vom Preisrückgang härter betroffen sind als die industriellen Erzeugnisse. Das festzustellen, ist angefaßt der immer noch viel zu hohen Lebensmittelpreise im Kleinhandel eine nicht zu unterschätzende Tatsache.

Die einzelnen Hauptwarengruppen zeigen im Großhandel folgende Rückgänge:

Agrarstoffe	18,0 v. H.
Industrielle Rohstoffe und Halbwaren	12,3 v. H.
Industrielle Fertigwaren	
Produktionsmittel	1,6 v. H.
Konsumgüter	8,4 v. H.

Der Erzeugerpreis zeigt bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten in der Zeit von Anfang Oktober 1929 bis Anfang Oktober 1930 folgende Rückgänge:

Roggen	18,0 v. H.	Butter	32,0 v. H.
Hafer	11,0 v. H.	Käse, Magerer	12,0 v. H.
Kartoffeln	39,0 v. H.	Speck	25,0 v. H.
Kartoffelmehl	27,0 v. H.	Eier	12,0 v. H.
Speisebohnen	21,0 v. H.	Roggenkeife	35,0 v. H.
Schweine	36,0 v. H.	Weizenkeife	37,0 v. H.
Kälber	10,0 v. H.	Kartoffelstoden	15,0 v. H.
Milch (Trinkmilch)	14,0 v. H.	Trodenstängel	46,0 v. H.

Demgegenüber vergleiche man einmal in den einzelnen Orten die Rückgänge der Kleinhandelspreise in derselben Zeit, und man wird finden, daß diese nicht im entferntesten dem Rückgang der Erzeugerpreise entsprechen. Zu den vorstehenden Ziffern bemerkt der Deutsche Landwirtschaftsrat mit Recht, daß auch dies ein erneuter Beweis für die schlechte Organisation des Verteilungsapparates ist. Er verlangt daher, daß gegen diese unbedingten Handelspreisen, besonders bei den täglichen, notwendigen Nahrungsmitteln, endlich Maßnahmen ergriffen werden.

Die Reichsregierung sollte über die Länderregierungen, insbesondere auch auf die Verwaltungen der Kommunen, einen Druck dahin ausüben, daß diese die öffentliche Meinung durch geeignete Maßnahmen gegen die ungerechtfertigten Handelspreisen zu Hilfe nehmen. Die örtlichen Nachprüfungen der Handelspreisen bei den Nahrungsmitteln (Brot, Mehl, Fleisch, Milch, Eier, Butter, Käse und Kartoffeln) würden geradezu groteske Handelsausfälle bloßlegen.

da Arbeitskräfte an dem freien Arbeitsmarkt für gemeinsame Arbeiten hinlänglich zur Verfügung stehen. Die Abwanderung vom Lande sei zu unterbinden, durch die Grundrente, die dem Ertrag der Landwirtschaft entspreche, und durch eine den Erfordernissen gerecht werdende Siedungspolitik.

In der Lohnfrage ergab sich völlige Einmütigkeit darin, daß

unter allen Umständen der leistungsgerechte Reallohn der Arbeiterhaft über die Preiszeit hinübergerettet werden muß.

Ueber die Lohngestaltung in der Krisenzeit müßten die Gewerkschaften mitbestimmen. Die Auszahlung der Gewerkschaften führe in der Regel zu höheren als erzielbaren Lohnfestsetzungen, und bringe die Gewerkschaften in Gefahr, bei einem Wechsel der Lage nicht aktiv genug zu sein. Aus dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie dürften Arbeitgeber und Regierung nicht die Folgerung ziehen, daß nun überall in gleicher Weise vorzugehen sei. Ein solches Wollen stiehe auf den entschlossenen Widerstand der christlichen Gewerkschaften.

Zur Hebung und Haltung des Reallohnes sei der Preisabbau nachdrücklich zu fördern.

Die Konsumvereine müßten hier richtunggebend sein. Die Preisabbaumaßnahmen der Regierung würden von den christlichen Gewerkschaften begrüßt und unterstützt. Die Gesamtlage erfordert einen erheblichen und beschleunigten Abbau. Der Errichtung örtlicher Verbraucherauslässe soll größte Aufmerksamkeit zugewandt werden.

Da die Staatsofen mindestens so groß wie die Wirtschaften sei, müßten die Diener des Staates in erster Linie Opfer bringen, um die finanzielle Staatsschuld zu überwinden. Bedauerlich sei, daß sich weite Kreise der Beamten gegen diese Einsicht sträubten. Mit der finanziellen Staatsschuld sei die Frage der Reparationen in engstem Zusammenhang. Diese Belastung sei nicht nur eine Ungerechtfertigt am deutschen Volke, sondern auch wirtschaftlicher Irrsinn, der die wirtschaftliche Ordnung in der ganzen Welt bedrohe.

Die Konferenz nahm fernerhin Stellung zu den Aufgaben der „Christlichen Arbeiterhilfe“, zur Frage der Ausbildung der Gewerkschaftler an den berufspädagogischen Akademien, und zu den im Jahre 1931 von den christlichen Gewerkschaften zu veranstaltenden Bildungslehrgängen. Das Programm sieht u. a. zwölf mehrtägige zentrale Lehrgänge der verschiedensten Art im eigenen Bildungsbereich in Schlüsselwinter vor. Wochenendkurse und mehrtägige Kurse festlicher und feierlicher Art sollen in etwa 160 Städten stattfinden.

Preisfestlegung im Bäckerei- und Fleischerergewerbe!

Mit den Verhandlungen der Reichsregierung mit dem Bäckerei- und Fleischerergewerbe hat sich die am 11. November in Köln tagende Geschäftsführerkonferenz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine befaßt. Sie nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

Die heutige Geschäftsführerkonferenz des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. Köln nimmt Kenntnis von den Verhandlungen, die die Reichsregierung mit dem Bäckerei- und Fleischerergewerbe bezüglich Abbau der Preise geführt hat. Sie hat ebenfalls Kenntnis genommen von der Erklärung der Reichsregierung, deren Schlussabstufung ist:

„Die Reichsregierung bekräftigt diesen Beschluß des Deutschen Fleischer-Verbandes, der dem Ernste der Zeitumstände Rechnung trägt. Sie erwartet, daß nicht nur die Ladenfleischer dieser Aufforderung Folge leisten, sondern, daß auch die übrigen an der Fleischversorgung beteiligten Gruppen, darunter die Konsumvereine, sich dem Vorgehen des Deutschen Fleischer-Verbandes anschließen.“

Der Appell an die Konsumvereine, sich dem Vorgehen des Deutschen Fleischer-Verbandes anzuschließen, scheint uns eine falsche Sachstellung zu sein. Die Konsumvereine haben schon immer ihre Preise den geänderten Marktpreisen angepasst. Eine Tatsache, die auch der Reichsregierung bekannt ist. Aus diesem Grunde dürfte auch die Reichsregierung bisher mit den Konsumvereinen wegen Preisfestlegung nicht verhandelt haben, weil sie weiß, daß es dieses Appells an die Konsumvereine nicht bedarf. Die Preisfestlegung, die jetzt von den Fleischern und Bäckern ausgedehnt wird, war bei den Konsumvereinen schon lange Zeit vorhanden. So zum Beispiel ist der Brotpreis von 46 Pfg. für ein 2 Pfundbrot schon längst von den Konsumvereinen mit Großbäckereien ihren Mitgliedern gewährt worden. Roggenbrot ist noch bedeutend billiger.

Wir fordern die Reichsregierung und den Reichstag auf, den Konsumvereinen durch umgehende Aufhebung der Sonderumlagesteuer noch eine härtere Preisfestlegung im Interesse der breiten Schichten des Volkes zu ermöglichen.

Zum Schiedsspruch in der Uniformlieferungsschneiderei

Wir haben in der letzten Nummer unserer Zeitung kurz mitgeteilt, daß in der Schlichtungsverhandlung vom 3. November unter dem Vorsitz des Herrn Regierungsrats Dr. Dohbert in vom Reichsarbeitsministerium ein Schiedsspruch gefällt wurde, nach welchem das bisherige Lohnabkommen bis zum 15. November 1931 Gültigkeit hat. Die Vertragsparteien hatten vorher vereinbart, daß der zu fällende Schiedsspruch bindend sein sollte.

Da die Begründung zu diesem Schiedsspruch von allgemeiner Bedeutung ist, geben wir dieselbe nachstehend im Wortlaut wieder und im Anschluß daran die Vereinbarung, die auf Grund des Schiedsspruches von den Vertragsparteien getroffen wurde.

Bei der Fällung dieses Schiedsspruches war zu berücksichtigen, daß Anträge von beiden Seiten vorlagen, und zwar von Arbeitgeberseite auf Lohnherabsetzung und auf Arbeitnehmerseite auf Lohnherabsetzung und Verlegung von Städten in höhere Städtegruppen.

Den Anträgen auf Erhöhung der gegenwärtigen Stundenlöhne mußte der Erfolg verweigert werden, desgleichen den vorgeschlagenen Veränderungen in der Städtegruppierung.

Bezüglich des Antrages auf Herabsetzung der Löhne mußte davon ausgegangen werden, daß eine fühlbare Senkung der Kleinhandelspreise für die Gegenstände der notwendigen Lebensbedürfnisse noch nicht eingetreten ist. Eine solche ist aber Voraussetzung für einen Lohnabbau in Wirtschaftszweigen, deren Lage nicht unter allen Umständen einer Erleichterung von der Lohnseite her bedarf.

Es war weiter zu berücksichtigen, daß bisher bei keinem

Reichstarif eines maßgebenden Wirtschaftszweiges ein Abbau der Stundenlöhne — nur um einen solchen handelt es sich hier — durchgeführt worden ist. Es ergibt daher auch aus diesem Grunde unzulässig, einen solchen erstmalig in einem Wirtschaftszweig durchzuführen, in dessen Verwandten und benachbarten Fachgewerben bisherige Lohnsätze noch nicht gekündigt worden sind.

Weiterhin war zu berücksichtigen, daß es im Interesse beider Parteien der Uniformlieferungsschneiderei gelegen ist, daß kein tarifloser Zustand eintritt, zumal in dieser Branche bisher verhältnismäßig langfristige Lohnabkommen für notwendig erachtet wurden und deshalb die Regel bildeten.

Aus allen diesen Gründen hat der Vorsitzende der Schlichtungsstelle es für das Gegebene erachtet, zur Herbeiführung gesicherter Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen das derzeitige Lohnabkommen um ein weiteres Jahr zu verlängern.“

Der Inhalt:

Die im § 2 des Reichstarifvertrages für die Uniformlieferungsschneiderei vom 12. März 1926 genannten Tarifparteien treffen folgende Vereinbarung:

„Der Reichstarifvertrag für die Uniformlieferungsschneiderei vom 12. März 1926 nebst den Bestimmungen des zweiten Nachtrages bleibt unverändert bestehen für die Gültigkeitsdauer des Lohnabkommens mit der Maßgabe, daß die Kündigungsfrist, in diesem Falle abweichend vom § 6, die gleiche ist, die für das Lohnabkommen gilt.“

geg. Unterschriften.
Berlin, den 3. November 1930.

Generalversammlung der Christlichen Holzarbeiter

In den Tagen vom 4. bis 6. November fand in Königswinter die Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter statt. In seinen Begrüßungsworten betonte der Erste Vorsitzende, Knipsheid, daß die christliche Arbeiterschaft sich mit Recht dagegen wehre, daß auf Kosten der Arbeiterschaft anderen Ständen Lebensverhältnisse ermöglicht würden, die in keinem Verhältnis zur augenblicklichen Not des Volkes ständen. Auch die im Young-Plan festgelegte Tributpflicht bedeute in ihrer Folgewirkung eine Verflüchtung der deutschen Arbeiterschaft. Der Vertreter des Gesamtverbandes, Jansen-Berlin, bezeichnete die Mißfälligkeit, die das weite Volk des deutschen Volkes beherrsche, als das größte Hemmnis einer Besserung der heutigen verfallenen Zustände. Aus der Verzichtserklärung des Vorstandes ist die erfreuliche Steigerung der Zahlen der jugendlichen Mitglieder und die Verdoppelung der Jugendgruppen hervorzuheben. Der Zweite Verbandsvorsitzende, Schmid-Köln, sprach über Tarifpolitik und Vertragswesen. Die Senkung der Gehaltspreise in der Holzindustrie sei durchaus möglich, ohne daß man zu einer Senkung der Löhne greifen müsse. Die Materialpreise und Handelspannen böten eine weit größere Möglichkeit zur Senkung der Preise. Jansen-Berlin behandelte das Thema: „Der Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft und die sozialen Aufgaben des deutschen Volkes“. Das deutsche Schicksal sei auch das Schicksal der deutschen Arbeiter. Wirtschaftlich sei der Lebensraum beeinträchtigt durch Krieg, Inflation, Reparationen und falsch angewandte Nationalisierung. Das Bestreben, einen härteren Abzug für die Wirtschaftserzeugnisse zu finden durch Senkung der Preise sei verfehlt, wenn mit dieser Preisfestlegung eine noch größere Arbeitslosigkeit verbunden sei. Notwendig sei die Schaffung von zusätzlicher Arbeit. Arbeitsbeschaffung sei wertvoller als Unterstützung. Geistig und kulturell habe die deutsche Arbeiterschaft einen Lebensraum, wie er den Arbeitern anderer Länder nicht gegeben ist. Aufgabe der Gewerkschaften sei es, aus dem Arbeiterum heraus einen neuen besseren Lebensstil zu entwickeln. Das deutsche Wirtschaftswesen müsse aus der Enge des Klein-Privaterwerbstreibens herauswachen zu einer wirklichen Volkswirtschaft, in der das Wohl des ganzen deutschen Volkes oberstes Gesetz sei.

Die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes wurde auf die Dauer von 20 Wochen ausgedehnt. Auch forderte der Verbandstag eine Einschränkung der Erwerbsarbeit der verheirateten Frauen und die Beseitigung des Doppelerwerbsunternehmens.

Rundschau

Seiten der Zeit

Im „Dortmunder Generalanzeiger“ (25/1930) macht ein höherer Verwaltungsbeamter aus einem mitteilbaren Wert folgende interessante Gegenüberstellung. Im Jahre 1913 erhielten dort die Direktoren je ein Monatsdurchschnittsgehalt von 1600 Mark, im Jahre 1928 dagegen 6000 Mark. Bei den Oberingenieuren war das Verhältnis von 1913 zu 1928: 760 zu 1600, bei den Betriebsassistenten 310 zu 700, bei den Bürovorstehern 330 zu 726, bei den ledigen Angestellten 170 zu 270, bei den kaufmännischen Angestellten 100 zu 260, bei den Arbeitern 152 zu 212. Rechnet man den Lebenshaltungssindex für 1928 mit durchschnittlich 150, so war bei den Arbeitern der Fortwächereffekt noch nicht erreicht, bei den technischen und kaufmännischen Angestellten etwas überschritten. Die Bürovorstände erhielten nicht ein halbes Gehalt mehr, als in dem Index enthalten wäre, sondern noch mehr als ein gewöhnliches die Betriebsassistenten und die Oberingenieure. Und die Direktoren... sie erhielten beinahe das vierfache Gehalt von 1913.

Beitragsleistung

Der 49. Wochenbeitrag ist fällig für die Woche vom 30. November bis 6. Dezember, der 50. für die Woche vom 7. bis 13. Dezember.

Private Zuschneide-Schulen der Zuschneider-Vereinigung von Rheinland u. Westfalen Sitz Köln

Erstkl. Ausbildung in der Damen- und Herrenschneiderei durch neuzeitlich eingestellten Unterricht / Beginn neuer Kurse an jedem 1. u. 16. im Monat. Schnellkurse nach Uebereinkunft / Verlag von Modenblättern, Fachzeitschriften, Lehrbüchern, Schnittmuster - Versand

Prospekte gratis durch die Geschäftsstellen:

Schule Köln, Neumarkt 27-29
Rundschau Fachlehranstalt
Wuppertal-Eibfeld, Luisenstr. 18-20

ZUSCHNEIDE-SCHULEN

des Verbandes der Zuschneider, Zuschneiderinnen und Direktorinnen, Berlin W 66, Mauerstraße Nr. 86/88

Erstklassige Lehranstalt für den Zuschnitt der gesamten Herren- u. Damengarderobe
Beginn der Tageskurse am 1. und 15. eines jeden Monats.
Unterricht wird täglich von 9 Uhr vorm. bis 1 1/2 Uhr nachm.
Beginn der Abendkurse am 1. jeden Monats.

Lehrbuch zum Selbstunterricht für die Herren- und Damenschneiderei, — Schnittmusterunterricht nach Maß, — Normal-schnitte einzeln und in Serien, — Prospekte gratis und franko
Mitglieder sämtlicher Verbände erhalten Rabatt.

Wertvolle Zuschneidewerke für den Selbstunterricht!

Um auch den weniger bemittelten Kollegen Gelegenheit zu geben, sich ein gutes Zuschneidewerk anzuschaffen, habe ich mich entschlossen, den Mitgliedern der Bekleidungs-gewerkschaft 100 Lehrbücher zum Weihnachtfest, also bis zum 25. Dezember, zum halben Preise abzugeben.

Die Werke zeichnen sich ganz besonders aus:

- Durch klare, anregende Ausdrucksweise!
- Durch wertvolle, bildliche Ausstattung!
- Durch Besondere sorgfältige Fachfragen!
- Durch die Einrichtung daß Text und Zeichnung nebeneinanderstehen!

Lehrbuch für die gesamte Damenschneiderei
100 Seiten stark mit sämtlichen Schnittzeichnungen für die moderne

Zuschneidekunst-Verlag F. Biallas, Berlin SW 19a, Leipziger Str. 83

Dank- und Anerkennungs schreiben über die Biallas'schen Zuschneidewerke:

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß ich im Besitze Ihrer Lehrbücher zum Selbstunterricht bin. Ich arbeite nur nach Ihrem System und bin sehr zufrieden. Sämtliche Stücke sitzen ausgezeichnet.

Zuschneidewerk habe ich erhalten. Es macht mir sehr viel Freude und Spaß, daraus zu lernen, da alles sehr deutlich und leichtfaßlich geschrieben ist.

Teile Ihnen mit, daß Ihr System alle Erwartungen weit übertraffen hat. Ich habe schon viele Systeme verarbeitet, aber das System von Friedr. Biallas steht wohl einzig da. Kann jedem Kollegen nur aufs Beste empfehlen.

Als Nachricht zu Weihnachten teile ich Ihnen mit, daß ich mit Ihrem System sehr zufrieden bin. Ihr Werk verdient in der Schneiderei einen ersten Platz.

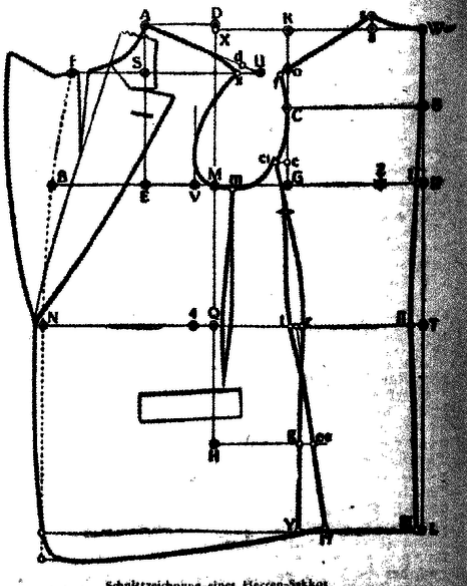
Sage Ihnen, verehrter Herr Biallas, meinen besten Dank. Habe ein Lehrbuch gekauft in „Herren-garderobe“. Habe drei Schulen besucht. Durch Ihr Lehrbuch bin ich zum wahren Schneider geworden, denn was ich 10 Jahre lang suchte, habe ich bei Ihnen gefunden.

Habe in Ihrem System mein Ideal gefunden, finde es geradezu bewundernswert.

Nach Ihrem Herrenschnitt habe ich einige Sachen zugeschnitten und genau nach Ihrer Berechnung das Muster aufgestellt. Ich hatte bei der Anprobe keine Notwendigkeit zu ändern; deshalb möchte ich auch Ihr Damensystem haben. In Erwartung der baldigen Zustellung zeichne

Ihr ganz vorzügliches, leichtfaßliches Zuschneidesystem hat mir ermöglicht, in ganz kurzer Zeit einen großen Kundenzirkel zu verschaffen. Jedermann ist entzückt über den vorzüglichen Sitz.

Ihr System ist ein großer Fortschritt und wird wohl von keiner Schule erreicht.



Schnittzeichnung einer Herren-Sacko